PRESSE

WÜRZBURGER KIRCHENZEITUNG

Nicht tragbar

Wer Franz Josef Strauß „maßlose Äußerungen" bescheinigt, ihn „in die Nähe der NPD" rückt und meint, daß er zu lange „auf Ministersesseln kleben" bleibt, der muß in Bayern um sein berufliches Fortkommen fürchten.

Werner Weitz, 26, Volontär des bischofseigenen „Würzburger Katholischen Sonntagsblattes", hatte nach dem Tier-Zitat des CSU-Vorsitzenden Strauß in einem Kommentar die Ansicht vertreten: „Das kann man nicht mit ‚bajuwarischer' Art entschärfen wollen." Und: „Was muß hier eigentlich geschehen, bis bei uns ein Politiker die notwendigen Konsequenzen aus seinem Fehlverhalten zieht?"

Am nächsten Tag meldete sich bei Weitz der Würzburger CSU-Vorsitzende Christian Will am Telephon: „Die CSU wird Ihre weitere Verwendung zu verhindern wissen."

Was Weitz geschrieben hatte, das hatten Abonnenten des katholischen Kirchenblattes in der Tat noch nie gelesen. Eher schon das Gegenteil: Chefredakteur Monsignore Helmut Holzapfel leitartikelte vor der letzten bayrischen Landtagswahl nämlich so: Die NPD solle „der FDP hoffentlich so viele Stimmen abjagen, daß sie die Zehn-Prozent-Hürde nicht mehr überspringen kann".

Nach öffentlichen Protesten wurde der NPD-Freund damals vom Sprecher der Diözese, Domkapitular Theodor Kramer, in Schutz genommen: „Welcher Redakteur wäre gegen ein Ausrutschen seiner Feder gesichert?" Im übrigen sei die Kirche „liberal genug, ihrer Sonntagspresse jene Pressefreiheit zuzugestehen, welche eine Vorzensur ausschließt".

Die Freiheitsprinzipien des Domkapitulars gelten offenbar nicht für Strauß-Kommentare. Weitz, der am 1. Dezember 1968 als Volontär ins Würzburger Bischofsblatt eingetreten war, tat sich jedenfalls schon schwer, seinen Artikel überhaupt in Satz zu geben. Verlagsgeschäftsführer Leo Meister vom CSU-nahen „Fränkischen Volksblatt", bei dem die Kirchenzeitung im Lohndruck hergestellt wird, legte Weitz nahe, auf den Kommentar ganz zu verzichten. Weitz blieb hart — am Dienstag vorletzter Woche wurde gedruckt.

Schon tags darauf legte der CSU-Kreisgeschäftsführer Ludwig Altenhöfer, der unter dem Pseudonym Viktor Petit in der reaktionären „Deutschen Tagespost" die SPD als „kommunistische Leichenschänder" zu verunglimpfen pflegt, Weitz eine viereinhalbseitige „Gegendarstellung" vor. Und wie Kreisvorsitzender Will, so forderte auch Altenhöfer alsbald „personelle Konsequenzen".

Domkapitular Kramer, der sich bei Holzapfels NPD-Schreibe für die kirchliche Pressefreiheit stark gemacht

Kirchenblatt-Kommentator **Weitz**
Vorzensur nach Apo-Nummer

hatte, zeigte sich nun CSU-hörig: „Politik ist in einer Kirchenzeitung nicht tragbar. Da ist man der CSU vor den Wahlen in den Rücken gefallen." Und mit einem Mal war er auch für Vorzensur: Die nächste Nummer des Kirchenblattes wurde vom Ordinariat in eigener Regie gemacht: Weitz mußte alle Manuskripte der bischöflichen Behörde vorlegen.

Dies freilich war der CSU noch nicht genug. Der gelernte Theologe und Germanist Weitz, der sein journalistisches Volontariat Mitte September bei der katholischen Nachrichtenagentur KNA in München und Rom fortsetzen möchte, soll nach Ansicht der christlich-sozialen Unterfranken nirgendwo mehr schreiben dürfen. Will über die berufliche Zukunft von Weitz: „Was in meiner Kraft steht, werde ich tun, um seine Entsendung nach Rom zu blockieren." Denn: „Der hat doch aus dem Sonntagsblatt eine reine Apo-Nummer gemacht."

Über die Zukunft des Journalisten Weitz entscheidet freilich die KNA-Zentrale in Bonn. KNA-Chefredakteur Konrad Kraemer: „Was da in Würzburg passierte, ist doch alles hanebüchen und an den Haaren herbeigezogen. Die Würzburger CSU wird mich an der Einhaltung meines Vertrages mit Weitz nicht hindern."

FRANKFURTER ALLGEMEINE

So lebhaft

Dr. Wilhelm Throm, 62, Korrespondent der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" („FAZ") in Düsseldorf, hörte „aus seriöser Quelle" eine unseriöse Geschichte: Bei den wilden Streiks in den Dortmunder Hoeschwerken sei auch die Privatvilla des Vorstandsvorsitzenden Fritz Harders von „Aufrührern" bestürmt worden; Frau Ulla Harders habe „mit einer Pistole in der Hand" ihr Heim verteidigt.

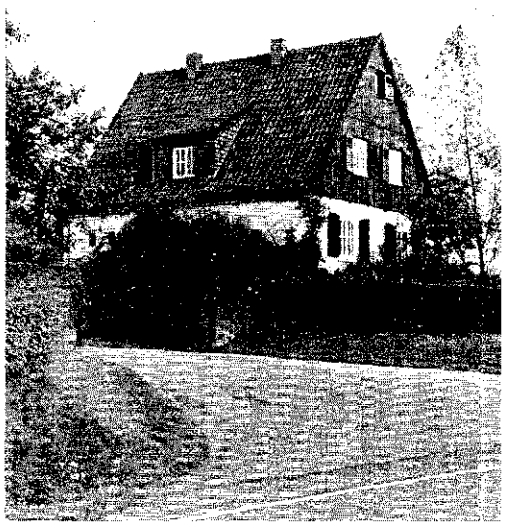
Die Pistolen-Story war Throm „so außerordentlich lebhaft geschildert" worden, daß er „keinerlei Zweifel an der Richtigkeit hatte". Obwohl der Vorfall sich schon sechs Tage zuvor zugetragen haben mußte und Throm mithin nicht unter dem Zeitdruck einer Tagesaktualität stand, verzichtete er darauf, seine Informationen zu überprüfen.

Ungeprüft kabelte Throm — der laut „FAZ" von „jüngeren Kollegen erwartet, daß alles bis aufs I-Tüpfelchen exakt erfaßt ist" — die Geschichte an die Frankfurter Zentrale. Die „FAZ"-Redaktion, die nach eigenem Bekunden einen „guten, aufrechten Stil" schätzt, sah ebenfalls keinen Grund, Throms Dortmunder Erzählungen noch einmal nachzuprüfen. Der für Politik verantwortliche Redakteur Dr. Hermann Ruelius: „Dafür ist uns Throm ein zu guter, seriöser Mann."

Am Dienstag letzter Woche stand die Geschichte über Ulla Harders und ihre Pistole, in der das Revier wieder mal so gewalttätig wie in den Gründerjahren erschien, als Aufmacher direkt unter dem Fraktur-Titel der „FAZ". Und wiederum ungeprüft druckte am nächsten Tag Springers „Bild" („Frau Harders verscheuchte sie") in Hamburg die „FAZ"-Pistole nach.

Nur die Dortmunder „Ruhr-Nachrichten" hatten Zweifel. Sie überprüften schließlich durch eigene Recherchen, was aus seriöser Quelle über einen seriösen Korrespondenten in die seriöse „Zeitung für Deutschland" gerückt worden war.

Die „Ruhr-Nachrichten" fragten zu dem „Sensationsartikel" der „FAZ" das Büro Harders (Anwort: „Das stimmt nicht"), den Hoesch-Generalbevollmächtigten Erich Vogel („Überlegungen, Kombinationen und auch Spekulationen"), die Polizei („Frau Harders hat die streikenden Arbeiter nie zu Gesicht bekommen") und einen Hoesch-Arbeiter („Alles gestunken und gelogen"). Fazit der „Ruhr-Nach-



Harders-Villa bei Dortmund
Pistole aus seriöser Quelle

richten": „Es bleibt nicht viel, was den Wahrheits-Test besteht."

Dies erkannte am Donnerstag letzter Woche — zwei Tage nach Erscheinen seines Artikels — auch „FAZ"-Korrespondent Throm. Nach Beginn der SPIEGEL-Recherchen lotete er seine „seriöse Quelle" noch einmal aus: Der Gewährsmann, so erfuhr er nun, habe „in der Aufregung vergessen zu sagen, daß es zu der Pistolenaktion der Frau Harders gar nicht gekommen sei".

In der „FAZ"-Ausgabe vom Freitag letzter Woche berichtigte Throm seinen eigenen Bericht: Eine Konfrontation von Frau Harders mit den Demonstranten, erfuhren nun die „FAZ"-Leser, habe „glücklicherweise" gar nicht stattgefunden.

Nur einer bedauerte das: Fritz Berg, Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie. Berg am Freitag letzter Woche bei einem Empfang der Industriekreditbank in Düsseldorf: „Die hätte doch ruhig schießen sollen, einen totschießen, dann herrschte wenigstens wieder Ordnung."

VERBÄNDE

HOCHSCHULGESELLSCHAFT

Alles getan

Daimler-Benz war der „vertraulich" gegebene Hinweis, „die freiheitlich-demokratische Grundordnung ist in Gefahr", 10 000 Mark wert. Maggi würzte das Versprechen einer „klaren Vernunftspolitik" mit 1000 Mark. Und die schwäbischen Porsche-Tüftler honorierten die Zusage, „den SDS zur Räson zu bringen", immerhin noch mit 500 Mark.

Die Firmen stifteten das Geld, als die Heidelberger „Hochschulgesellschaft e. V. für die Erneuerung der deutschen Universität" um Spenden für einen gezielten Kampf gegen den SDS einkam — eine Sammlung, die Heidelbergs studentische Linke als Lehrstück dafür wertet, wie „mit der Behauptung, eine Strategie gegen die Studentenbewegung in der Tasche zu haben, jeder Spinner die Taschen der Industrie erleichtern kann".

Tatsächlich hatte die Gesellschaft in ihrem Bittbrief an die Industriellen „eine gut koordinierte Generalstabsarbeit" gegen „Guerillataktiker" verheißen. Als Generalstäbler empfahl sich mit einem längeren Exposé über „Notwendigkeit und Grundzüge einer Strategie zur Erhaltung der durch den SDS bedrohten Freiheitsräume" das geschäftsführende Vorstandsmitglied der Heidelberger Hochschulgesellschaft, Harm Rösemann, 37.

Die Konzeption des Strategen:

- „keine öffentlichen Diskussionen mehr mit, über oder gegen den SDS";
- „störungsunempfindliche konkrete Reformdiskussionen an allen westdeutschen Hochschulorten" und
- „ein Programm von gegen den SDS durchzusetzenden öffentlichen Veranstaltungen".

„Dies Programm", so Rösemanns Ruf an die Kapitalisten, „benötigt dringend finanzielle Unterstützung." Er fand Gehör. Wie Daimler, Maggi und Porsche zeigten sich noch dreißig weitere Unternehmen „spendenwillig" (Rösemann) — darunter, laut Liste der Hochschulgesellschaft, die Chemischen Werke Hüls mit 10 000 Mark, die Frankfurter Degussa und der rheinische Waschmittelkonzern Henkel mit je 5000 Mark, der Zähne-Weißmacher Blendax und die Kundenkreditbank Düsseldorf mit je 1000 Mark.

Der Spenden-Chef der Kreditbank Karl Fincke hatte sich von einem Berater sagen lassen, daß „es so an den Universitäten nicht weitergehen kann". Zwar hatten den Herren zunächst „die NPD-Töne in dem Bittbrief gar nicht geschmeckt", doch ein Gespräch mit Rösemann brachte die Überzeugung, daß „sachliche Alternativen" gesucht würden. Blendax-Stifter Gustav Stritter glaubte, „es wäre mal ganz gut, wenn mal die andere Seite propagandistisch vorgehen" könnte.

Spendensammler **Rösemann**
Generalstabsarbeit gegen Guerillas

Auch von der „Berliner Handelsgesellschaft" und der „Allgäuer Alpenmilch" floß Anti-SDS-Geld in die Kasse des Vereins, in dessen Beirat neben anderen FDP-Professor Ralf Dahrendorf und SPD-Unternehmer Philip Rosenthal sitzen.

Sein Ziel, 200 000 Mark, erreichte Rösemann dennoch nicht. Es kamen nur 78 000 Mark zusammen. Damit aber fing der Sammler gar nicht erst an, sondern verwendete die Mittel nach eigenem Bekunden „für andere Reformvorhaben".

Nicht ganz planmäßig war auch eine andere Geld-Aktion gelaufen, die sich Rösemann ein halbes Jahr vorher ausgedacht hatte — damals eher zugunsten des SDS.

Als „förderungswürdige Projekte" galten beispielsweise „das Veranstaltungsprogramm einer kritischen Universität" und ein „Reformprogramm für die Ausbildung junger Polizisten". Gedacht war an zehn Projekte, die etwa zwei Jahre lang durch Zuschüsse von Reichen finanziert werden sollten: jeweils mit 50 000 bis 500 000 Mark. Auch dieses Vorhaben wurde mangels Masse aufgegeben.

So versandeten die Pläne der Hochschulgesellschaft, die 1963 gegründet worden und ein Jahr später mit einem „Aufruf zur Errichtung einer neuen deutschen Universität" erstmals an die Öffentlichkeit getreten war. Die „Vereinigten Reformer", die mit „mehreren tausend Personen" ihr Konzept verwirklichen wollten, konnten nur knapp 400 Mitglieder einschreiben. Und deren Kasse stimmte nie. 38 111,09 Mark wurden zum Beispiel 1967 aufgebracht, während Rösemann und sein Beirat für eine wirkungsvolle Arbeit eine Viertelmillion pro Jahr veranschlagt hatten.

Pläne-Schmied Rösemann, der sich selbst für einen „phantasievollen Neurotiker" hält, wollte freilich alle Kampagnen immer „nur in Gang bringen und dann weitergeben". Den diplomierten Chemiker, späteren Studenten der Neu-Philologie und Asta-Vorsitzenden der Universität München hatten die „schreiende Unvernunft und die penetrante Unmenschlichkeit des Hochschulsystems auf die Barrikaden" getrieben. Und weil er fest überzeugt ist, daß „mit guten rationalen Gründen unerhörte Einbrüche auch ins Establishment zu erzielen" seien, startete er im Februar seine vorerst letzte Aktion.

„Halb aus Berechnung, halb humanitär" (Rösemann) stieg er in eine Hilfsaktion Heidelberger Bürger zugunsten Biafras ein. Zunächst sprach er von 200 000 Mark, die durch eine moderne Werbekampagne flüssig zu machen sein müßten. Bald hielt er auch 500 000 Mark Spendenaufkommen von 122 000 Heidelbergern für keineswegs utopisch. Von dieser Summe wollte der phantasievolle Altruist jedoch 100 000 Mark für „Werbung und Verwaltung, Information und Politik" abzweigen. Das nahm ihm das Biafra-Komitee übel. Der Spesenaufwand erschien ihm zu hoch, und es erstattete Rösemann von verauslagten 9200 Mark nur 2500.

Mit 64 000 Mark von der Ford-Foundation für Arbeiten über Department-Bildung im deutschen Hochschulwesen alimentiert, hat sich Rösemann nunmehr wieder innerdeutschen Problemen zugewendet — mit abermals veränderter Zielsetzung.

Unter dem Arbeitstitel „Rettet die Revolte, sie wird noch gebraucht" analysiert er die Lage in einem Werk, das Ende September veröffentlicht werden soll. Außerdem will er „Universitäts-Reformprojekte" ausarbeiten, „die woanders nicht gemacht werden" (Rösemann).

Für dieses Vorhaben braucht er selbstverständlich Mäzene, und er weiß auch schon, wo er sie finden wird: „Das Hauptgeld", sagte er, „muß doch durch Spenden aus der Industrie kommen."